



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Wozu der Lärm?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Wozu der Lärm?



Die Kluft zwischen dem Kaiser und der Nation wird immer breiter und tiefer, also verkünden „nationale“ Blätter aller möglichen Richtungen vom äußersten rechten bis zum linken Flügel wörtlich oder doch dem Sinne nach mit feltner Einstimmigkeit, und nirgends wird mehr und giftiger räsonniert als in der deutschen Reichshauptstadt, die bekanntlich die politische Weisheit ebenso in Erbpacht genommen hat wie den politischen Witz. Sehen wir uns einmal diese Kluft und ihre Entstehungsgründe etwas näher an! Es ist klar, daß hier zunächst eine üble Nachwirkung der Kritik vorliegt, die Fürst Bismarck jahrelang an den Handlungen der amtlichen Politik geübt hat. Was er thun durfte, das erlauben sich nach seinem Tode auch seine blinden Nachbeter und Nachtreter, die es ihm abgeguckt haben, wie er sich räusperte und wie er spuckte, die aber nicht Kinder und Erben seines Geistes sind. Seine Erbschaft hat überhaupt kein einzelner angetreten, auch die Hamburger Nachrichten haben es nicht gethan, die nur Bedeutung hatten, solange sie sein Organ sein durften, und auch dann diese Bedeutung nicht mehr haben, wenn sie sich noch ihre Inspiration aus Friedrichsruh holen. Die wahren Erben Bismarcks sind die, die redlich an der Macht und Größe unsers Vaterlands arbeiten, zuweilen mit neuen Mitteln, unbekümmert um Druckerfchwärze, unbekümmert auch um das Mißtrauen, das nicht erst seit gestern die Handlungen der Regierung begleitet.

Nichts hat dieses Mißtrauen mehr gesteigert als der unselige Burenkrieg. Denn hier konstruiert die burenfreundliche Presse zunächst einen Widerspruch zwischen der Depesche des Kaisers vom 3. Januar 1896, die den Präsidenten Krüger zur glücklichen Abwehr des Jamesonschen Raubeinfalls beglückwünschte, und der Haltung, die Deutschland in dem Kriege seit 1899 beobachtet hat. Sie sieht nicht oder will vielmehr nicht sehen, daß zwischen einem Flibustierritt, den die englische Regierung gern oder ungern der Stimmung ihrer Nation zum Troß ablegnete, und einem offenen Kriege, den sie zwar herbeiführte, aber nicht einmal erklärte, staatsrechtlich ein himmelweiter Unterschied ist, daß

Deutschland die Buren keineswegs getäuscht, sondern sie nachdrücklich mehrmals vor dem Kriege gewarnt hat, weil die Weltlage eine Unterstützung nicht zulasse; daß, wenn die Buren trotzdem den Krieg mit der britischen Übermacht begannen, sie das durchaus auf eigne Rechnung und Gefahr thaten. Von der Verantwortung dafür und für ihre offenbar völlig verfehlte Kriegsführung in den allein für sie aussichtsreichen ersten Monaten des Kriegs kann sie trotz aller Sympathien für ihren Heldenkampf niemand lossprechen, und sie müssen die Folgen tragen.

Aber Deutschland, so sagt man, hat nicht einmal eine unparteiische Neutralität gewahrt, denn der Kaiser hat den Präsidenten Krüger nicht empfangen, wohl aber ist er an das Sterbebett seiner Großmutter nach England gereist, hat dort nicht nur mit der Königsfamilie intimen Umgang gepflogen, sondern auch die Würde eines englischen Feldmarschalls angenommen und dem Lord Roberts, dem „Besieger“ der Buren, sogar — vielleicht! — den Schwarzen Adlerorden verliehen und sich durch das alles in den schroffsten Widerspruch mit der Stimmung der „Nation“ gesetzt. Über die Ablehnung, Krüger zu empfangen, haben sich die Grenzboten schon geäußert und haben dem heute nichts hinzuzufügen; wir fragen heute nur: Sollte der Kaiser etwa nicht nach England gehn, eine Pietätspflicht zugleich im Namen seiner Mutter nicht erfüllen? Sollte er seinem Oheim, dem als Prinzen von Wales alles mögliche Üble nachgesagt wurde, etwa erklären: Ich mag mit dir nichts zu thun haben? Sollte er den englischen Feldmarschallstab ablehnen, und entspreche es nicht dem höfischen Brauche, wenn er darauf dem Lord Roberts, dem Oberbefehlshaber der englischen Armee, in dieser seiner Eigenschaft einen Orden gegeben hätte? Das ist nämlich alles, was geschehn ist! Sobald man diese Fragen stellt, wird sofort klar, daß man auf sie alle vernünftigerweise nur mit Nein antworten kann, daß es also unvernünftig ist, sich darüber zu beschweren und darin eine „Erweiterung der Kluft zwischen Kaiser und Nation“ zu sehen. Es wäre uns ja auch lieber gewesen, wenn Königin Viktoria nicht gerade jetzt gestorben wäre, und wenn dieser kaiserliche Besuch mit seinen Konsequenzen gerade jetzt hätte unterbleiben können, aber wir bedauern das nur deshalb, weil sich daraus neue Gründe zu einer neuen Hege gewinnen ließen.

Wir wollen auch zugeben, daß Deutschland gegenüber England eine freundliche Neutralität beobachtet. Aber das thun alle Mächte des Dreibunds in noch viel stärkerem Maße: in Ungarn hat England Pferde, in Italien Maultiere ankaufen dürfen. Eine solche Haltung Deutschlands muß natürlich ihre gewichtigen sachlichen Gründe haben. Wer immer nur wie hypnotisiert nach Südafrika starrt, wie die Mehrzahl unsrer Zeitungen und ihrer Leser, deren Meinung sie mehr machen als ausdrücken, der kann sie freilich nicht sehen. Noch stehn einander in Europa der russisch-französische Zweibund und der mitteleuropäische Dreibund gegenüber, und noch immer hat sich der Wunsch einer ernsthaften politischen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nicht verwirklicht; noch immer besteht also die Gefahr, daß die Franzosen, wenn wir mit einer andern Macht in Krieg verwickelt würden, über uns herfallen.

Für diese Eventualität mag der Dreibund genügen, und dafür ist er begründet worden. Der Unterschied zwischen 1879 und 1901 ist nur der, daß Deutschland seitdem notgedrungen in die Weltpolitik eingetreten ist, und für diese war er weder berechnet noch reicht er dafür aus. Für diese hat das Verhältnis zu England, das für die kontinentale europäische Politik kaum in Betracht kam, die größte Bedeutung, und Deutschland wird hier, trotz des unleugbaren wirtschaftlichen Gegensatzes zwischen beiden Ländern, geradezu gedrängt, bald da bald dort sich mit ihm zu verständigen. Das zeigen die Wirren in China, die jetzt die weltpolitische Lage beherrschen. Auf welche Macht können wir uns denn dort verlassen? Rußland verfolgt hier seine alte, wenn man will selbstsüchtige Politik ruhig weiter, ohne sich um seine dortigen „Bundesgenossen“ im geringsten zu bekümmern; es hat die Mandschurei tatsächlich in seine Gewalt gebracht, hat soeben den Chinesen die Erlaubnis zum Bau der ungeheuern Eisenbahnlinie vom Bajkalsee nach Port Arthur abgezwungen und hat seine Truppen aus Petchili fast ganz herausgezogen, kurz es spielt, genau nach Fürst Uchtomskij's Ansicht, die Rolle einer zwar nicht gerade uneigennütigen, aber freundlich-fürsorglichen Schutzmacht für das ihm innerlich verwandte China. Frankreich, sein Vasallenstaat, hat natürlich auch in China keine wirklich selbstständige Politik, sondern la belle France folgt ohne Erröten den Spuren des „Väterchens Zar.“ Nordamerika sucht sich möglichst schnell aus der ganzen langwierigen Sache herauszuziehen, auf Österreich und Italien kommt dort bei ihren schwachen Streitkräften trotz guten Willens nicht viel an. Kurz, wir haben in China eigentlich keinen andern Bundesgenossen als England, das ja auch das deutsche Prinzip der „offnen Thüren“ für das ungeheure Slangsegebiet im Vertrage vom 16. Oktober vorigen Jahres ältern egoistischen Plänen zum Trotz ausdrücklich angenommen hat.

Gegen diese weltpolitischen Verhältnisse vermögen die volkstümliche Erbitterung gegen England und die moralische Entrüstung über den südafrikanischen Eroberungskrieg gar nichts. Auch Fürst Bismarck würde unter diesen Umständen kaum anders gehandelt haben. Es ist ja gar nicht wahr, daß er jedes Zusammengehn mit England abgelehnt hätte; er wollte nur nicht das Verhältnis zu Rußland dadurch gefährdet wissen und hat z. B. dem Major Wisßmann, als dieser zur Niederwerfung des Araberaufstands in Ostafrika auszog, dringend empfohlen, mit den Engländern gute Nachbarschaft zu halten. Es ist also gedankenlose Nachbetelei, wenn man seine Autorität gegen die jetzige Reichspolitik ausspielen will, und es ist ebenso gedankenlos, wenn man von dieser verlangt, sie dürfe sich aus moralischen Gründen mit England nicht einlassen. Nun, auch wir haben diesen südafrikanischen Raubkrieg immer verurteilt, ja wir finden, daß er gerade vom englischen Standpunkt aus eine ungeheure Thorheit war; denn das, was England dort erstrebte, das wirtschaftliche und politische Übergewicht in den Burenstaaten, das hätte es im natürlichen Laufe der Dinge ohne diese furchtbaren Opfer und ohne die heillose Verschärfung der Rassengegensätze ganz von selbst erreicht, und es hätte dann die schwere Erschütterung seines militärischen „Prestige“ und die jahrelange

Festlegung seiner Landmacht in Südafrika, die jetzt seine Aktion in China zur Freude der Russen lähmt, vermieden. Aber man soll doch auch nicht verkennen, daß, da die Dinge dort nun einmal so liegen, wie sie eben liegen, England gar nicht mehr zurückweichen kann, denn es handelt sich um seine ganze Stellung in Südafrika, und von dieser hängt die Beherrschung des einzigen ihm ganz sichern Seewegs nach Indien ab. Es ist übrigens noch sehr die Frage, ob unserm südwestafrikanischen Besitz eine selbständige, süd-afrikanische Bundesrepublik, die für eine große Burenpolitik das Ziel hätte sein müssen, nicht gefährlicher wäre als die englische Herrschaft dort. Wenn sich eines Tages der Ruf: „Südafrika für die Afrikaner!“ auch auf den deutschen Besitz richtete, so würden wir ihn nur schwer behaupten können. Jedenfalls kann das Deutsche Reich so wenig wie eine andre Großmacht die politische Sittenpolizei in der Welt übernehmen und seine Bundesgenossen nach ihrer sittlichen Unbescholtenheit wählen, denn dann würde es überhaupt keine finden. Am wenigsten käme dann jedenfalls Rußland in Betracht, dessen Polen- und Baltenpolitik mindestens ebenso gewaltsam ist wie das englische Vorgehn in Südafrika. Den politischen Don Quixote zu spielen, davor hat niemand energischer gewarnt als Fürst Bismarck; er hat trotz aller moralisch unzweifelhaft höchst verwerflichen russischen Grausamkeiten gegen die baltischen Deutschen, die uns doch viel näher stehn als die Buren, das gute Einvernehmen mit Rußland immer als den Grundstein seiner Politik betrachtet, und es ist eine platte Albernheit, dem Grafen Bülow, der sich natürlich zu denselben Grundsätzen bekennt und wie sein großer Vorgänger nur die deutschen Interessen zur Richtschnur seines Handelns nimmt, vorzuwerfen, er habe „die Moral aus der Politik hinausgewiesen.“ Es ist gar kein Zweifel, daß sich weder Rußland noch Frankreich durch moralische Bedenken, nicht einmal durch das böse Kladderadatschgedicht auf König Eduard VII. und durch die Rücksicht auf die Neutralität im südafrikanischen Kriege einen Augenblick abhalten lassen würde, sich mit England in nähere Beziehungen einzulassen, wenn es ihren Interessen entsprechen sollte. Von einer friedlichen englisch-russischen Vereinbarung über Asien reden zuweilen schon Blätter auf beiden Seiten; vielleicht würden wir sie herbeiführen helfen, wenn wir gegen England die Spröden spielten, und dann würde unsre Situation auch in Europa überaus angenehm werden. Auch der Staat unterliegt allerdings dem Sittengesetz; wenn trotzdem oft einmal ein Konflikt zwischen Politik und Moral eintritt, so beruht dieser entweder auf dem Gegensatz zwischen der Politik und dem positiven Recht oder auf dem Konflikt zweier sittlichen Pflichten, wie er im Leben jedes einzelnen vorkommt; für den Staatsmann aber ist die höchste sittliche Pflicht die Selbstbehauptung seines Staats, die Sicherung und Stärkung seiner Macht, denn der Staat ist Macht (vgl. Treitschke, Politik I, 95 ff.). Das deutsche Volk braucht sich seine Sympathien für die Buren gar nicht nehmen zu lassen, und es ist ein schöner Zug, daß es das Unrecht gegen die Buren so lebhaft empfindet, aber es soll nicht fordern, daß sich die Leiter seiner Politik in ihrem Verhalten davon beherrschen lassen.

Aus diesem Widerspruch Kapital zu schlagen gegen die kaiserliche Politik, gegen den Kaiser und auch gegen den Grafen Bülow persönlich, der es seit seiner Abfertigung vom 16. Dezember mit den Alldeutschen und den National-liberalen ganz verдорben hat, diese Politik auf persönliche Launen, auf die englischen Familienbeziehungen und dergleichen unsachliche Beweggründe zurückzuführen, das wäre eine unverantwortliche Gedankenlosigkeit und Unverschämtheit, weil darin die Anklage grober Pflichtvergeffenheit liegt. Und was will und kann man denn auch mit diesen Treibereien eigentlich erreichen? Darüber müßte man sich doch klar sein. Meint man den Kaiser etwa von dem Wege abdrängen zu können, den er sich vorgezeichnet hat, will man ihn zu der „Volksmeinung“ bekehren, oder ihn zwingen, sich dieser Volksmeinung zu unterwerfen? Dann schaffe man erst eine Reichstagsmehrheit, die dieser Meinung entspricht, die jetzt aber nicht vorhanden ist, und man setze an die Stelle des verfassungsmäßigen konstitutionellen Regiments das parlamentarische „System.“ Anders geht es wirklich nicht, und das wäre auch gewissen Leuten am liebsten. Man will eben von einem persönlichen Willen des Monarchen nichts mehr wissen, er soll sich mindestens immer von dem „verantwortlichen“ Minister gängeln lassen. Geht der Kaiser wie jetzt in Familienangelegenheiten nach England ohne den Grafen Bülow, so ist das höchst bedenklich, denn er könnte — sit venia verbo — irgend einen unbedachten Streich machen. Nimmt er ihn mit, wie im November 1899, so ist auch das bedenklich, denn das verrät die Absicht, sich England politisch zu nähern, womit sich der deutsche Staatsbürger schon aus moralischen Gründen niemals einverstanden erklären kann. Als ob die übermächtige Stellung, die ein genialer Staatsmann in den letzten Jahren Kaiser Wilhelms I. eingenommen hat, an sich das normale Verhältnis wäre, als ob nicht auch Wilhelm I. in jede große politische Handlung trotz Bismarck ein Stück seines eignen Wesens hineingelegt hätte, wie das Erich Marcks in seiner schönen Biographie, die vor kurzem in wesentlich vermehrter, alle neuern Publikationen und Forschungen sorgfältig berücksichtigender vierter Auflage erschienen ist (Leipzig, Duncker und Humblot, 1900), oft genug nachweist, z. B. bei dem deutsch-österreichischen Bündnis von 1879 (S. 372 ff.). Wenn Wilhelm II. seinen persönlichen Einfluß stärker in die Politik hineinträgt, als Wilhelm I. in seinem letzten Jahrzehnt gethan hat, so ist Graf Bülow auch kein Bismarck und braucht es auch gar nicht zu sein; denn die heroische Kraft, deren es bedurfte, die eigensinnigen Deutschen gegen ihren Willen zu einigen — schlimm genug, daß nur eine solche dieses Notwendigste von der Welt vermochte! —, ist heute in unsern gefestigten Verhältnissen weniger nötig, als richtige Einsicht und ruhige Entschlossenheit. Wie weit aber parlamentarisch regierte Länder kommen, wo der Monarch höchstens noch das Pünktchen aufs i zu setzen hat, z. B. England, das sich von einer schamlos habgierigen Kapitalistengruppe in den Burenkrieg hineinziehen ließ, obwohl ihn Königin Viktoria nicht wollte, oder Italien, das vor den parlamentarischen Klopffechtereien und dem ewigen Ministerwechsel nicht einmal zu den allerdringendsten innern Reformen gelangen kann, das lehrt der Augenschein; wohin

Deutschland mit einem parlamentarischen Regiment kommen würde, das zeigt schon die Betrachtung, daß wir dann ohne Frage ein klerikal-demokratisches Ministerium haben würden, wovor doch den Konservativen und National-liberalen gleichmäßig graut, das zeigt auch der unbelehrbare Unverstand unsrer „nationalen“ Presse in den Fragen der auswärtigen Politik. Glücklicherweise steht eine solche Wendung ganz außer Frage, und zum Glück läßt sich der Kaiser seinen persönlichen Willen auch nicht nehmen. Um so zweckloser ist die ganze Opposition, die zu gar nichts führen kann, die nur das Mißtrauen fortwährend nährt und die Stimmung vergiftet. Schon Fürst Bismarck hat 1862 gesagt, man nehme den „Konflikt“ viel zu tragisch; dasselbe trifft heute bei einem Anlaß zu, der viel weniger für uns bedeutet, als damals der „Konflikt“ für Preußen. Aber wir Deutschen sind immer ein fanatisches Volk gewesen; sonst hätten wir uns im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert nicht um religiöser Fragen willen zerfleischt und damit unsre Weltstellung zu Grunde gerichtet.

Die Stimmung des Volks soll in der Presse zum Ausdruck kommen, das ist das gute Recht der Presse, aber ebenso ist es ihre Pflicht, die Lage verständig zu erwägen. Diese Pflicht erfüllt sie nicht, wenn sie in der bisherigen unbesonnenen Weise heizt und schürt, statt zu vermitteln und aufzuklären; diese Pflicht suchen wir hier nach bestem Wissen zu erfüllen, und wir drücken dabei nicht nur unsre eigne Meinung, sondern auch die Meinung einer ganzen Anzahl von sehr urteilsfähigen Männern aus, die sich nicht von dem Strome mit fortreißen lassen. Helfen wird es vermutlich allerdings nichts. Die Preßorgane, die wir im Auge haben, sind viel zu sehr verrannt, als daß sie wieder zurück könnten, und einen Irrtum einzugestehn, ist ja schon ihrer Eigenliebe unmöglich. Also erwarten wir wieder totgeschwiegen zu werden, wenn man uns nicht widerlegen kann, aber das soll uns nicht hindern, unsre Meinung offen zu sagen, allem Gerede und allen Verdächtigungen zum Trost. Denn „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.“ *



Die industriellen Monopole in den Vereinigten Staaten

Nach neuern Quellen dargestellt von Oswald Collmann



bwohl jeder Kaufmann oder Fabrikant in der Theorie die Konkurrenz, den freien Wettbewerb, für die Lebenslust erklärt, ohne die Handel und Gewerbe nicht bestehen können, ist er doch in der Praxis jederzeit bereit, sich gewissen natürlichen Folgen der Konkurrenz, insbesondere dem Druck, den sie auf die Preise auszuüben pflegt, nach Möglichkeit zu entziehen. Das bequemste Mittel hierzu